

Der zweite Planet

Globale Probleme brauchen Institutionen, die auch globale Verantwortung übernehmen. Aber die sind derzeit nicht in Sicht. von Wolfgang Pekny



Großalarm auf der New Yorker West Side. Das UN-Hauptquartier ist hermetisch abgeriegelt, Hubschrauber kreisen tief, übermotorisierte Polizeiboote patrouillieren am Hudson River. In Sichtweite der Freiheitsstatue und nur wenige Blöcke vom Ort des bisher folgenschwersten Terrorattentats entfernt muss sich die „freie Welt“ wieder verteidigen. Aber nicht gegen Bomben oder Selbstmordattentäter, sondern gegen viele Tausend friedlich protestierende Menschen. Sie tragen keine Transparente, keine Stöcke und werfen keine Steine. Was sie verdächtig macht, sind ihre vielen Hautfarben, ihre babylonischen Sprachen und die seltsamen Logos auf ihren T-Shirts, Saris, Taschen, Turbanen und Krawatten: das Abbild von zwei Planeten, zwei identischen, blaugrünen Erden, dazu die bitter ironische Forderung: „Give us a second planet!“ (Gebt uns einen zweiten Planeten!)

Ein zweiter Planet? Sind sie von Sinnen, diese Menschen, die als Vertreter der unterschiedlichsten Völker und Regionen angereist sind? Nun, wohl weniger als jene drinnen, im streng bewachten Hauptquartier der Vereinten Nationen. Dort wird seit Jahren diskutiert und agiert, als gäbe es den Reserveplaneten tatsächlich! Noch immer verspricht man jenen, die nichts haben, kommenden Wohlstand durch kommendes Wachstum. Doch der globale Kuchen ist längst auf Wenige verteilt, zum Gutteil sogar schon aufgegessen. Die Hungrigen möchten zum reich gedeckten Tisch drängen, doch jene, die dort bereits Platz genommen haben, denken nicht daran, etwas abzugeben. Einige Almosen vielleicht, aber kein faires Teilen. Da wird lieber systematisch die Lüge vom ewigen Wachstum aufrechterhalten. Das politische Credo gegen Armut, Hunger und Leid lautet: fleißig arbeiten, Handelsschranken abbauen – und den Anordnungen der internationalen Finanzinstitutionen gehorchen. Ein Rezept, das seit Jahrzehnten für die Armen keinen Erfolg zeitigt. Doch das einzugestehen hieße, über Alternativen nachdenken zu müssen, Alternativen zum Mythos „ewiges Wachstum“.

Verheerender Zustand der Welt

Im September 2005, beim Millennium-Development-Gipfel der UN, liegen den Vertretern der knapp 200 Nationen die offiziellen Berichte zum Zustand der Staatengemeinschaft

vor: Der Hunger von hunderten Millionen Menschen nicht gemildert, Kriege nicht eingedämmt, alarmierende Übernutzung und Zerstörung von Ökosystemen nicht verhindert, der Vormarsch vermeidbarer Krankheiten nicht gestoppt. Milliarden Menschen bleiben ohne Zugang zu sauberem Wasser, die Bedrohung durch Krieg und Terror wird durch steigendes Ungleichgewicht verschärft, die Kontrolle über die Ausbreitung von Atomwaffen ist mangelhaft. Zugleich machen die transnationalen Konzerne Gewinne wie noch nie, sprießen die Millionäre wie Pilze nach dem Regen, steigt die Zahl der Automobile rasant an, hat sich der Fleischkonsum seit den Fünfzigerjahren verfünffacht.

Ein Offenbarungseid! Wäre die Welt ein Land, dann wäre das eine Bankrotterklärung! Jede Regierung hätte längst zurücktreten müssen. Aber die UN sind keine Regierung, nicht einmal die Vertretung der Interessen der Menschen und der Völker. Anders als ihre Satzungen vorgeben, „We, the people ...“, sind die UN heute eher ein Verein von Staaten. Staaten, die in jedem Fall zuerst ihre eigenen Ziele im Sinn haben. Ob die meisten Vertreter der historisch oft zufällig und willkürlich entstanden Staaten dabei tatsächlich die Interessen der Menschen vertreten, die in ihrem Staatsgebiet leben, sei dahingestellt.

Entstanden nach dem Schrecken zweier Weltkriege, sollten die UN vor allem eine „neutrale Plattform“ bieten, auf der die Staaten ihre Konflikte austragen können, bevor sie zu den Waffen greifen. In dieser Kalten-Krieg-Logik ist die UNO erstarrt, nach Einschätzung ihrer eigenen Mitarbeiter außer Stande, den Aufgaben einer fairen und zukunfts-fähigen Gestaltung des Zusammenlebens auf dem Planeten gerecht zu werden. Eine Reform wäre dringend nötig, und die stünde – zumindest laut Tagesordnung – im September 2005 auch zur Debatte. Doch unter dem Einfluss der USA wird sich am Status quo kaum etwas ändern. Wenn jemand die Welt regiert, dann die USA, nicht die UNO! Das „Unternehmen Menschheit“ braucht so etwas wie eine „Global Governance“. Allerdings nicht – wie oft fälschlich übersetzt – als eine „Weltregierung“, sondern als transnationale Steuerung, gemeinsame Anleitung und Grenzsetzung. Erste Ansätze zu „Global Governance“ im

Völkerrecht kamen erst allmählich zu den Aufgaben der UN dazu. Schließlich war – außer Krieg und Atombombe – zum Zeitpunkt der Gründung der UN keine planetare Gefahr bekannt. Kein Treibhauseffekt, kein Ozonloch, kein Artenschwund, keine schleichende Vergiftung.

1972 traten erstmals die Umwelt, ihre Bedrohung und die daraus für den Menschen entstehenden Gefahren ins Blickfeld der UNO. Um die wachsende Zahl der Probleme im Auge zu behalten, wurde die UNEP, das UN-Umweltprogramm, geschaffen. Macht hat die UNEP bis heute keine – und Geld auch nicht. Seither gab es zwar viele Umweltabkommen, so zahlreich wie zahnlos, aber am Zustand des gemeinsamen Haushalts „Ökosystem Erde“ hat sich nichts verbessert, an der Lage der meisten Bewohner auch nicht.

Die Grenzen der UNO

Mit dem Montreal-Protokoll zum Schutz der Ozonschicht wurde zwar ein völkerrechtlicher Weg erfolgreich begonnen, aber schon beim Kyoto-Protokoll zur Reduktion der menschgemachten Treibhausgasemissionen stößt die UNO an ihre Grenzen.

Man kann ungestraft in Länder einfallen und Menschen töten, wenn sie in den Verdacht geraten, über gefährliche Waffen zu verfügen – Waffen, die die Mächtigen längst und selbstverständlich haben! Doch gegen Staaten, die sich aus ihrer globalen Verantwortung stellen und internationale Verpflichtungen erst gar nicht eingehen, gibt es keine Sanktionen.

Hat die UNO also eine Zukunft? Nicht, wenn wir ihr keine geben! Eines Tages wird eine wirklich globale Gemeinschaft die eigensinnigen Konstrukte der Nationalstaaten obsolet machen, wie einst Stammesfürsten und Herzogtümer hinfällig wurden, als sich die Staaten formten, die den neuen Aufgaben besser entsprochen. Waren es damals Abgrenzung, Ausweitung und Verteidigung nationaler Besitzstände, so sind es in Zukunft Einschränkung und das Teilen der globalen Besitzstände, die es zu organisieren gilt.

„Global Governance“ wäre die Aufgabe für ein „United Peoples“-Gremium, eine gemeinsam getragene, langfristige Steuerung mit klaren Grenzen und fairen Regeln, zwar prinzipiell demokratisch, aber nicht kurzfristigen Befindlichkeiten ausgeliefert. Dieses Gremium hätte, wie jede Legislative, auch

eine Exekutivgewalt, um sich gegen unilaterale Falschspieler zur Wehr setzen zu können. Dabei hieße sich gegen das Diktat einer rücksichtslosen Minderheit zu wehren nicht, zu den Waffen zu rufen. Wer mitspielen möchte im globalen Wirtschaften, muss sich an die Regeln halten. Sonst gibt es Ausschluss. Und natürlich dürfen die Regeln des globalen Monopoly nicht länger allein von jenen bestimmt werden, die schon die besten Stücke an sich gerissen haben.

Das heißt, es gäbe einen Ausstiegsplan aus den heutigen internationalen Finanzinstitutionen Weltbank, Währungsfonds und Welt handelsorganisation (WTO), die geschaffen wurden, wie sie sind, damit die Reichen den Armen die Regeln diktieren. Ersetzt werden könnte das System durch eine „International Clearing Union“, eine Organisation zum internationalen Zahlungsbilanzausgleich mit eigener fairer Währung, wie sie Maynard Keynes schon vor Gründung der Weltbank als Instrument zum Verhindern von Schuldenfallen vorschlug.

Reduktion des ökologischen Fußabdrucks

Anders als zu Keynes Zeiten geht es in Zukunft nicht nur um eine bessere Verteilung der Finanzmittel und der natürlichen Ressourcen, sondern auch um die absoluten Grenzen der letzteren. Eine „Konvention zur verpflichtenden Reduzierung des jeweiligen ökologischen Fußabdrucks auf ein global verträgliches Maß“ wäre der entscheidende Schritt, die Konvergenz der Staaten zu einer gerechteren und zukunftsfähigen Ressourcenverteilung einzuleiten.

Doch bis diese Einsicht jemals handlungsrelevant wird, sind noch viele Irrwege zu erwarten, viel Hunger, viel Leid, viel Blutvergießen. Und bis dahin müssen alle guten Willens mit dem Vorlieb nehmen, was wir haben. Eine reformbedürftige UNO.

Ein erster Schritt in die richtige Richtung wäre die von einigen europäischen Staaten vorgeschlagene Gründung einer UNEO, einer UN-Umweltorganisation. In ihr könnte die über zahlreiche Agenturen verstreute „Governance“ zu Umweltanliegen zusammengefasst und mit mehr Durchsetzungsmöglichkeiten ausgestattet werden. Damit wäre allerdings immer noch keine Parität mit der WTO gegeben, die ja außerhalb des UN-Systems über beispiellose Macht verfügt, um die Interessen der neoliberalen Weltwirtschaft durchzusetzen. Der gut gemeinte Vorschlag wird am Veto der USA scheitern. Auf eine WEO, eine Welt-Umweltorganisation auf Augenhöhe mit einer reformierten Welthandelsorganisation, als globales Gegengewicht gegen die kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen werden wir noch entsprechend länger warten müssen.

Ebenso wie auf eine echte Reform des UN-Sicherheitsrates.

Ein globaler Sicherheitsrat, der sich um die Zukunft aller Menschen sorgt und nicht nur um die Sicherheiten der Reichen und Mächtigen, würde auch tagen, wenn eine Gruppierung versucht, die angestrebte Fairness im Zugang zu Ressourcen und Wohlstand zu unterlaufen, indem sie etwa die Vereinbarungen zum Schutz der gemeinsamen Atmosphäre ignoriert.

Es bedarf wenig prophetischer Fähigkeit, ein Scheitern der UN-Reformversuche im September 2005 vorherzusagen. Noch immer haben die USA ein historisch erklärbares, aber heute völlig anachronistisches Vetorecht.

Doch die Veränderungen werden kommen. Die Menschheit ist eine Schicksalsgemeinschaft und gezwungen, den einen, den einzigen Planeten gemeinsam und weise zu

nutzen. Lokale Angelegenheiten verlangen lokale Kontrolle, globale Angelegenheiten erfordern globale Kontrolle und die Möglichkeit, sich mit gewaltfreien Möglichkeiten gegen jene zu wehren, die gegen die legitimen Interessen der Mehrheit der Menschheit verstoßen. Die Menschen, die vor dem UN-Hauptquartier demonstrieren, haben es längst verstanden: Es gibt keinen zweiten Planeten.

your

ACT S

LESETIPP

WuppertalInstitut für Klima, Umwelt Energie (Hg.): „Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit.“ München: C.H. Beck 2005.
George Monbiot: „United People. Manifest für eine neue Weltordnung.“ München: Riemann 2003.

ACT kommentar



Dort wird seit Jahren diskutiert und agiert, als gäbe es den Reserveplaneten tatsächlich.

Illustration: Eva Kellner